

AG 8 – Wohnraumversorgung, Unterbringungs- und Hilfesystem

Protokoll der 3. Sitzung am 10.04.2018

Schwerpunktthema Unterbringungssystem

1. Einführung

- Kurzüberblick der ersten Sitzung – siehe Protokoll in der Anlage
- Freigabe Protokoll der letzten Sitzung
- Die nächste Sitzung findet am 30.05.2018 zum Schwerpunktthema Hilfesystem statt

2. Ist- Situation (Schlagwortsammlung im der AG)¹

- Stichtag 32.12.2016: 30.718 Personen = 18.045 Haushalte
- 13% Frauen, 87% Männer der Einpersonenhaushalte
- weiterer Zuwachs in 2017, insbesondere Drittstaatler
- ca. 13.000 anerkannte Geflüchtete untergebracht in LAF-Unterkünften
- problematisch: Kinder in Unterkünften: 30% unter 18 Jahre, 17%-18% unter 25 Jahren

- Mindestanforderungen sehen keine personenbezogenen Standards vor
- räumliche Standards
- nicht zielgruppenspezifisch

- Verpflichtung der Bezirke zur Prüfung weitergehender Hilfebedarfe
- ordnungsrechtliche Unterbringung häufig ohne begleitende/weiterführende Hilfen
- unterschiedliche Handhabung/ Praxis in den Bezirken problematisch
- Problem: Ausschluss von Unionsbürger*innen auch bei ASOG
- Problem: Betreiber in der Zwickmühle – unterschiedliche Rechtsauffassungen

- Problem: „Blanko-KÜs“
- Problem: lange Verweildauern können zur Hospitalisierung
- 39% länger als ein Jahr, davon 12 % drei Jahr und länger untergebracht

- Leerstand in LAF-Unterkünften wird nicht genutzt
- 7.000 freie Plätze teilweise nicht belegbar, Gründe intransparent
- 632 vertragsfreie Unterkünfte
- Problem: unterschiedliche Qualität
- kein Beschwerdemanagement
- Standards nicht in Unterkünften außerhalb der BUL-Liste eingehalten
- Heimbegehungen unterschiedlich geregelt, teilweise auch Nicht-BUL-Unterkünften
- Problem: Kältehilfe als Regelsystem
- Problem: KdU durch Jobcenter ist Betreiberrisiko

- Problem: Unterscheidung freiwillige und unfreiwillige Obdachlosigkeit
- 67er Bereich rückläufig, ASOG explodiert, nicht nur Geflüchtete
- zu wenig Prävention
- Ausbau nötig, aber keine Immobilien
- Bezirke können Menschen nicht mehr unterbringen
- Geflüchtete rückläufig, Unionsbürger*innen hohe Nachfrage
- verschiedene Personengruppen schwer kompatibel

- Problem: Zugänge von Unionsbürger*innen „System Berlin“, Vermittlung statt Zuweisung
- Problem: ungeklärte Zuständigkeiten
- Frauenbedarfe nicht ausreichend gewährleistet
- Menschen mit psychischer und/oder Suchterkrankung
- Menschen mit Traumata
- Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung
- alte Menschen mit und ohne Pflegebedarf
- junge Menschen im Haushalt der Eltern und aus der Jugendhilfe

- ASOG kein Sozialrecht, aber birgt „Sprengstoff“

- Tagessätze: 5,25-68,20 €, das bedeutete: 30 Tage: 157,50 – 2046 €
- KdU in ASOG: 2017 ca 162 Mio (Angabe der Bezirke)
- unklar, wie das Geld anderweitig verwendet werden kann
- bessere Qualität ist abhängig von Wohlwollen des Bezirks

3. Zielen und Maßnahmen (Themensammlung in drei Arbeitsgruppen):

Sammlung der Arbeitsgruppe 1:

Kurzfristige Ziele

- § 67/§53 auch in ASOG und danach
- Kältehilfe nicht als Ausfallbürge
- Standards/Beratung auch in ASOG (Verweisberatung)
- mehrsprachiges Personal in ASOG
- Zielgruppenspezifische Unterbringung
- gesamtstädtisches Beschwerdemanagement (vor Klageverfahren, niedrigschwellig)
- Ausbau der offenen Sprechstunden
- mehr Einzelzimmer . positiv für Bewohner*innen und Betreuer*innen

Mittel-/langfristige Ziele

- Wohnung statt ASOG
- Beheimatung (langfristig betreutes Wohnen) für nicht mehr Wohnfähige
- tägliche Erreichbarkeit der Wohnhilfe

Maßnahmen:

- schneller Bauen analog Flüchtlingsbaurecht – Bundesratsinitiative notwendig?
- Personalausbau . Sozialarbeit vor Ort unterhalb von §§ 67/53 und in den sozialen Wohnhilfen

Sammlung der Arbeitsgruppe 2:

Kurzfristige Ziele

- Unterbringungsanspruch für alle
- Zugang zu freien LAF-Plätzen
- respektvoller Umgang

- mehr ASOG Unterkünfte mit Unterstützung
- Überprüfung und Vereinheitlichung der Standards
- Vorrang von sozialpädagogischen Hilfen vor ASOG
- hohe einheitliche Standards für alle Unterkünfte

Mittel-/langfristige Ziele

- Verweildauer kürzen und bedarfsgerechte Weitervermittlung

Maßnahmen

- Verbot Blanko-KÜ
- Belegungssteuerung, bezirksübergreifende Software
- personelle Ausstattung in den Sozialämtern verbessern
- finanzielles Anreizsystem überprüfen

Sammlung der Arbeitsgruppe 3:

Kurzfristige Ziele

- Transparenz zu Angebotsspektrum und Vermittlung
- Gesamtkonzept Berlin: fachliche Steuerung bedarfsgerechter Einrichtungen und Qualitätsstandards und Vertragswesen
- einheitlicher LAF, Bezirke, LaGeSo, Steuerung durch Fachverwaltung
- zielgerichtet und bedarfsgerechte Unterbringung durch gesamtstädtische Steuerung (Maßnahme)
- keine vertragsfreien Unterkünfte

Mittel-/langfristige Ziele

- Controlling hinsichtlich Verweildauer, Erfolg, Nachfrage
- Kontrolle für jeden Fall, Verweildauer, Erfolg

Maßnahmen

- Jour fixe auf Verwaltungsebene zum Austausch über Bedarfe und Kapazitäten um Transparenz zu schaffen
- Überarbeiten/Ergänzen der (fachlichen) Standards in ASOG
- Anreizsysteme für gemeinnützige Träger